

Im neuen Jahr

Silva Semadeni*
über die aktuelle
Politik-Agenda



Die sonnigen, ungewöhnlich warmen Festtage in den Bergen bleiben unvergessen. So aber auch der fehlende Schnee, die Klagen von Bergbahnbetreibern, die Bienen auf der blühenden Erika. Extreme Wetterereignisse nehmen augenfällig zu und erinnern uns daran, dass der Klimawandel fortschreitet. Es besteht Handlungsbedarf, wie die Wissenschaftler seit Jahren aufzeigen. Die internationale Staatengemeinschaft hat Mitte Dezember an der Klimakonferenz in Paris dies nun endlich anerkannt. Bis 2050 sollen die Durchschnittstemperaturen nicht

mehr als 1,5 Grad steigen. Jedes Land soll mit national festgelegten Zielen und Massnahmen dazu beitragen. So auch die Schweiz. Bundesrätin Doris Leuthard wird im neu gewählten Parlament die Ratifizierung des in Paris abgeschlossenen Klimavertrags beantragen und eine Mehrheit suchen für den nationalen Plan zur Reduktion der CO₂-Emissionen, die in fast allen hier produzierten oder importierten Produkten und Dienstleistungen stecken.

Auch andere grosse Herausforderungen stehen an, beispielsweise am 28. Februar, wenn wir über die Durchsetzungsinitiative befinden. Sie will Ausländer – auch solche, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind –, sogar für eine Bagatelldelikt ausweisen. Die Richter müssten Strafregeln automatisch anwenden, ohne Einzelfallprüfung, ohne Ermessens-

spielraum. Die Annahme der Durchsetzungsinitiative würde einem Fünftel der Schweizer Bevölkerung das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren negieren. Sie ist darum weder mit unserem demokratischen Rechtsstaat noch mit der europäischen Menschenrechtskonvention, die das Parlament 1974 rechtmässig ratifiziert hat, vereinbar. Und ihre Annahme würde weitere Konflikte mit den europäischen Ländern zur Folge haben. Als Bürgerin und Politikerin beunruhigt mich die Tatsache, dass wissenschaftlich erwiesene Entwicklungen beim Klima und demokratische Errungenschaften wie die Gewaltenteilung oder die Menschenrechte heute infrage gestellt werden. Ich kann nicht glauben, dass die Schweiz solche Wege gehen will.

* Silva Semadeni ist Bündner SP-Nationalrätin.